



Sperrfrist 27.11.2014, 18 Uhr

Haushaltsrede am 27.11.2014

Es gilt das gesprochene Wort:

ggf Reinhold Niebuhr frei nach Franz von Assisi: "Gott gebe mir die Gelassenheit, Dinge hinzunehmen, die ich nicht ändern kann, den Mut, Dinge zu ändern, die ich ändern kann, und die Weisheit, das eine vom anderen zu unterscheiden."

Sehr geehrte Damen und Herren, Herr Bürgermeister, Kolleginnen und Kollegen,

zur Beschlussfassung steht heute der Haushaltsentwurf 2015. Vom Kämmerer vor knapp vier Wochen eingebracht, mussten wir uns als ehrenamtliche KommunalpolitikerInnen in dieser Zeit mit umfangreichem Zahlenmaterial befassen. Dabei erhielten wir Unterstützung durch die MitarbeiterInnen der Verwaltung, allen voran, sei hier stellvertretend für alle, Kämmerer Dirk Meussen genannt. Dafür sage ich im Namen der SPD-Fraktion ein großes "Danke schön".

Das im Rahmen dieser Beratungen Gehörte war in der Regel nicht erfreulich, manchmal auch nicht verständlich, wenn Plan- und Istzahlen deutlich divergierten. Nun zu den Zahlen: Mit dem Haushalt 2015 wird den Bürgerinnen und Bürgern die dritte Fortschreibung des Haushaltssanierungsplanes vorgestellt. Im Ergebnisplan belaufen sich die Erträge auf rund 86,9 Millionen Euro, die Aufwendungen auf rund 90,8 Millionen Euro. Das zu erwartende Minus beträgt rund 3,9 Millionen Euro. Dieser Betrag schmälert das Jahresergebnis 2015 der Allgemeinen Rücklage auf rund 27,5 Millionen Euro.

Wir wissen, ohne den Stärkungspakt des Landes Nordrhein Westfalen, dem wir als Stadt freiwillig beigetreten sind, wäre die Allgemeine Rücklage bereits heute aufgezehrt. So ist der Stärkungspakt auf der einen Seite eine großartige finanzielle Unterstützung durch das Land, auf der anderen Seite legt er dem



politischen Gestaltungsauftrag die Daumenschrauben an. Weniger als 2 Prozent des Haushaltes unterliegen als sogenannte freiwillige Ausgabe der kommunalen politischen Gestaltung.

"Wir sind nicht nur verantwortlich für das, was wir tun, sondern auch für das, was wir nicht tun." so Molière. Das heißt Verantwortung für die Gegenwart, aber auch für die Zukunft zu übernehmen. Das heißt nicht nur ein ausgeglichener Haushalt ist in unserer Verantwortung, sondern auch der Erhalt einer liebens- und lebenswerten Stadt, die neben einer ordentlichen baulichen Infrastruktur, Krankenhaus, Nahversorgung, Verkehrsanbindungen auch eine gute soziale Infrastruktur hat. Unsere Kinder sollen in einer Stadt leben, die liebens- und lebenswert ist. Eine Stadt, in der das soziale Miteinander Raum hat, wo Kinder und Jugendliche Treffpunkte haben, wo das Leben für Ältere angenehm und bequem ist, wo Menschen aus anderen Kulturen sich willkommen fühlen können. Eine Stadt, in der Rechtsextremismus keine Chance hat. Eine Stadt, die die Eingliederung von Menschen mit Behinderungen als ureigene Aufgabe gestaltet.

Utopie oder Vision? Nein, meine Damen und Herren, es sind Ziele! Der einzige Sinn im Stärkungspakt, also den Anstrengungen der gegenwärtigen Generation, kann unseres Erachtens nur darin liegen, der künftigen Generation, die Handlungsfähigkeit für eine so gestaltete Zukunft zurückzugeben. Dabei müssen sinnvolle Investitionen möglich bleiben. Wir übernehmen die Verantwortung für das, was Generationen in der Vergangenheit bei ihren Planungen, sei es bei Prestigeobjekten, sei es bei Personalplanungen, sei es das Konnexitätsprinzip oder, oder, ... finanziell nicht berücksichtigt haben. Dabei wird Halterns Bevölkerung viel Solidarität abverlangt: Steuern und Gebühren werden drastisch erhöht und Leistungen schmerzhaft gekürzt. Mehr geht nicht!

2

Im Gegensatz zu unseren kommunalen Anstrengungen, die Kosten zu senken, werden sowohl die Kreisumlage als auch die LWL- & RVR-Umlage, die der Kreis bedienen muss, zukünftig deutlich steigen. Dass dabei der Ankauf von Kunstwerken durch den LWL uns die Zornesröte ins Gesicht steigen lässt, muss ich nicht extra betonen...

Wir erwarten vom Land zur Umsetzung von KIBIZ, der Inklusion und für die Unterbringung von AsylbewerberInnen auskömmliche finanzielle Unterstützung. Die diesbezüglich von der Landesregierung in der letzten Woche



beschlossenen 91 Mio Euro zur Unterstützung der Städte und Gemeinden sind ein wichtiger und notwendiger Schritt!

Wir fordern vom Bund die im Koalitionsvertrag festgesetzten 5 Milliarden Euro. Nicht erst 2018. Wir brauchen JETZT die Genehmigung, die avisierten Beträge haushalterisch berücksichtigen zu dürfen. Wir brauchen MORGEN das Geld. Nicht erst 2018! Schäubles schwarze Null ist der Todesstoß für die kommunalen Haushalte!

Ich bin froh und dankbar, dass mit dem Bundestagsabgeordneten Michael Groß an der Spitze der Ruhr-SPD-MdBs, sich diese für unsere berechtigten Forderungen vehement einsetzen und auch mit der eigenen Bundesregierung streiten.

Ich bin zutiefst enttäuscht, wenn Rita Stockhofs, die noch vor kurzem diesem Stadtrat angehört hat, nun als Bundestagsabgeordnete behauptet, der Bund tue bereits jetzt mehr als er müsste. Herr Bürgermeister, ich fordere Sie auf, "Ihrer" Abgeordneten die desolate Haushaltssituation der Stadt Haltern am See, wie auch den Städten im Wahlkreis 122 sowie in der gesamten Emscher-Lippe-Region verständlich zu erläutern.

3

---

Gemeinsam, egal ob rot, schwarz, grün oder kariert, müssen die demokratisch Verantwortlichen der Region nach Berlin ziehen und eine umgehende Umsetzung des Koalitionsvertrages einfordern. Wir wollen kein Pflaster mehr auf unsere Haushalte, wir wollen eine tiefgreifende Therapie! Es darf keinen Wettstreit der Bundesländer geben, keine finanziellen Zuwendungen die nach Himmelsrichtung verteilt werden. Strukturwandel und Langzeitarbeitslosigkeit sind auch im Westen kein Fremdwort, sondern bittere Realität.

Doch zurück zum städtischen Haushalt: Als wesentlich fallen insbesondere die Investitionen im Bereich der "Stadtmühlenbucht" auf. An dieser Stelle möchte ich noch einmal betonen, dass die Verwirklichung der Wasserspiele von der SPD-Fraktion nicht mitgetragen wurde. Gerne lobt sich die Verwaltungsspitze für die dort durchgeführte öffentliche Veranstaltung als Bürgerbeteiligungsoffensive in Sachen Stadtmühlenbucht. Zwar ist eine Information der Öffentlichkeit durchaus lobenswert. Doch ECHTE Bürgerbeteiligung fängt im Vorfeld von Planungen an! Da müssen Sie noch üben!

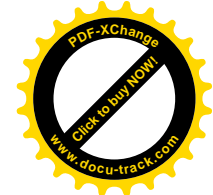


Das Projekt wird im Rahmen der Regionale 2016 gefördert.

Intelligentes Fördermittelmanagement ist und bleibt eine zentrale Aufgabe der Verwaltung. Sowohl im Bund als auch in der EU ist das "Angebot" der Fördertöpfe vielfältig. Hier müssen wir uns kümmern, um nachhaltige Zukunftsinvestitionen für unsere Stadt in den Bereichen Arbeit, Bildung, Kultur und Infrastruktur zu ermöglichen. Für die Darstellung des Eigenanteils muss der Gesetzgeber Unterstützung leisten. In diesem Zusammenhang möchte ich auf das Bundesprogramm "Nationale Projekte des Städtebaus" aufmerksam machen. 2014 erfolgreich begonnen, soll das Programm 2015 fortgeführt werden, ein Förderschwerpunkt werden "Konversionsflächen" sein. Angesichts des möglichen Rückerwerbs der Truppenübungsplätze durch die Stadt Haltern am See sollte ein entsprechender Förderantrag zur rechten Zeit auf den Weg gebracht werden.

In der Vergangenheit hat dieser Rat kontroverse Diskussionen über Sinn und Nutzen von Bebauungsplänen geführt. Diverse Bereiche dieser Stadt werden wegen fehlender B-Pläne nach § 34 Bau GB geplant. Über Geschmack lässt sich bekanntlich nicht streiten. Gleichwohl ist "Stadtentwicklung" eine zentrale Aufgabe des Stadtrates. Das Instrument dazu heißt Bebauungsplan. Nun erklärt die Verwaltung, wegen mangelnder Personalkapazitäten sei es nicht nur nicht möglich, die bereits geforderten B-Pläne zeitnah abzuarbeiten, es ist schon gar nicht möglich, noch weitere B-Pläne zu erstellen. Angesichts dieser Problematik wurde eine Prioritätenliste der zu erstellenden Bebauungspläne mit dem Rat vereinbart. Wir wissen, jede Mitarbeiterin, jeder Mitarbeiter gibt ihr/sein Bestes. Doch muss die Frage erlaubt sein, ob in den letzten Jahren im Bereich Bauen und Planen die tatsächlich notwendigen Personalressourcen geschaffen wurden oder ob die Verwaltungsspitze diese Notwendigkeit verkannt hat?

Die Personalaufwendungen im städtischen Haushalt betragen rund ein Viertel des städtischen Ausgabenbudgets, Erträge aus Grundsteuer B und Gewerbesteuer sind selbst für diesen Bereich nicht kostendeckend. Maßvoller Umgang mit Stellenanhebungen wird auch in Zukunft notwendig sein. Auch die MitarbeiterInnen der Verwaltung tragen ihren Anteil zum Gelingen des Haushaltssanierungspaketes bei, deshalb gilt Ihnen unser Dank und unsere Anerkennung.



Die Realisierung der Gewerbegebiete entlang der Münsterstraße zur Ansiedlung weiterer innovativer Unternehmen muss oberste Priorität haben. Das wird die Einnahmesituation der Stadt verbessern und Arbeitsplätze schaffen. Rund 2/3 der Arbeitslosen in Haltern am See und Umgebung sind Langzeitarbeitslose. Zwar ist der Kreis Recklinghausen mit seinen zehn Städten eine sogenannte Optionskommune geworden, dennoch haben sich die damit prognostizierten positiven Effekte zum Abbau der Langzeitarbeitslosigkeit noch nicht eingestellt. Angesichts der im nächsten Jahr erwarteten Konjunkturdelle sind die Aussichten hier wenig optimistisch zu bewerten.

Haltern am See ist "fahrradfreundliche Stadt" und soll es auch bleiben. Im Bereich der Recklinghäuser Straße muss die Situation für die FahrradfahrerInnen, insbesondere für die SchülerInnen, dringend entschärft werden. Neben dem fließenden Verkehr stellt an dieser Stelle auch der ruhende Verkehr eine besondere Gefahr für die radelnden VerkehrsteilnehmerInnen dar. Die Verkehrssituation ist mehr als unübersichtlich. Kürzlich beidseits der Straße markierte Parkboxen sind eher Ärgernis als Hilfe. Zumindest einseitig hätte eine Radverkehrsführung eingezeichnet werden müssen. Da die Bundesregierung nach Intervention der SPD nun die Fördermittel für den kommunalen Radwegeausbau von 60 auf 90 Millionen aufgestockt hat, sollten dringend entsprechende Förderanträge nach Berlin geschickt werden. Möglicherweise können dann auch die fehlenden Radwege in Halterns Ortsteilen in Angriff genommen werden, um Haltern am See langfristig als fahrradfreundliche Stadt zu etablieren.

Im Bereich der sogenannten freiwilligen Aufgaben fällt auf, dass die Musikschule trotz der Fusion mit der Dülmener Musikschule noch nicht die gewünschten Einsparergebnisse erzielt. Im Gegenteil, der Zuschussbedarf pro Einwohner ist ansteigend. Wir sehen hier dringenden Prüfungsbedarf.

Haltern am See ist Sportstadt. Überdurchschnittlich viele Erwachsene, Jugendliche und Kinder sind in unseren Sportvereinen aktiv. Wie der Stadtsportverbandsvorsitzende Heinrich Schriewer sinngemäß zu sagen pflegt, wird in unseren Sportvereinen wichtige Sozialarbeit geleistet. Dem stimmen wir uneingeschränkt zu. 2012 hat der Rat der Stadt in der ersten Aufstellung des Haushaltssanierungsplanes bei der Unterhaltung von Sportanlagen ab 2015 ein Einsparpotential von rund 220.000€ aufsteigend beschlossen. Der Sport



signalisierte in den letzten Monaten, dass diese Maßnahme nicht umgesetzt werden könne. Nach Aussagen des Kämmerers am 8. November war noch keine Lösung in Sicht. Nach meinem jetzigen Kenntnisstand befindet sich die Verwaltung in Gesprächen mit dem Stadtsportverband. Wir fordern hier eine enge Beteiligung der Politik zur Abstimmung des weiteren Vorgehens.

Zusätzliche Belastungen der Bürgerinnen und Bürger müssen weitestgehend ausgeschlossen werden. Die moderaten Gebührenerhöhungen in der Entsorgungswirtschaft tragen diesem Rechnung, sind aber leider unumgänglich.

Wir wissen, dass es auch in unserer Stadtgesellschaft viele gibt, denen es nicht so gut geht. Gerade um die müssen wir uns kümmern. Selbst bei allen Kürzungen dürfen wir jene Menschen nicht aus den Augen verlieren, die die Unterstützung brauchen. Renten- und Pflegeberatungen sind wichtig, sozial kompetente Ansprechpartner notwendig, das Kinder- und Jugendzentrum Trigon unbedingt nötig. Es ist mehr als erfreulich, dass die Schulsozialarbeit nach der Finanzierung aus dem Bildungs- und Teilhabepaket des Bundes, nunmehr nach einem widerlichem Pingpong zwischen Bund und Land, seit gestern durch einen Beschluss der Landesregierung fortgeführt werden kann. Das Land trägt mit rund 2,6 Millionen Euro 80% der Kosten der Schulsozialarbeit im Kreis Recklinghausen. 20 % sind vom Kreis zu stemmen, das muss selbstverständlich ohne Umlagenrelevanz möglich sein!

6

---

Die Errichtung einer weiteren Kindertagesstätte in Sythen ist notwendig. Auch in Zukunft werden wir unser Augenmerk auf die Kita-Plätze richten müssen. Nicht nur die Schaffung von ausreichend U 3 Plätzen ist eine besondere Herausforderung, auch der Erhalt der Ü 3-Plätze muss gestemmt werden. Denn es ist absehbar, wann aus den U3-Kindern Ü 3-Kinder werden. Perspektivische Planungen sind zwingend erforderlich. Schnellstens sollte eine EDV-basierte Anmeldung für einen Kindergartenplatz ermöglicht werden.

Wir sehen im vorgelegten Haushaltsentwurf, insbesondere in der Abstimmung der Plan- und Istzahlen, noch Verbesserungsbedarf.

Dennoch tragen wir die Fortschreibung des Haushaltssanierungsplanes, den Haushalt 2015 sowie den Stellenplan mit. Wir stehen zu unserer Verantwortung, die kommunale Handlungsfähigkeit zu erhalten.



Bevor ich meine Ausführungen beende, darf ich an dieser Stelle noch einmal deutlich kritisieren, dass sowohl dem Stadtentwicklungsausschuss am letzten Donnerstag als auch dem Haupt- und Finanzausschuss am Dienstag unvollständige Vertragsunterlagen im Zusammenhang mit der Vergabe an den Bewerber Rotthäuser/Alloheim als Beschlussentwurf vorgelegt wurden. Herr Bürgermeister, der Rat hat Anspruch auf umfassende Informationen. Aber offensichtlich bewahrheiten sich die im Vorfeld der Vergabe geäußerten Befürchtungen von WGH, FDP und SPD, mit der Alloheim-Gruppe ein nicht transparentes Firmengeflecht nach Haltern zu holen, bereits vor dem Verkauf. Ein mehr als holpriger Start!